Deutscher Bundestag **Drucksache 16/357**
16. Wahlperiode 13. 01. 2006

Fragen

für die Fragestunde der 10. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 18. Januar 2006

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1
Binder, Karin (DIE LINKE.)	34, 35
Bluhm, Heidrun (DIE LINKE.)	5, 13
Dagdelen, Sevim (DIE LINKE.)	17, 18
Dr. Eid, Uschi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14
Fell, Hans Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 45
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	6, 7
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40
Höger-Neuling, Inge (DIE LINKE.)	36, 37
Kipping, Katja (DIE LINKE.)	32, 33
Königshaus, Hellmut (FDP)	41, 42
Koppelin, Jürgen (FDP)	2, 3
Korte, Jan (DIE LINKE.)	23, 24
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 43
Laurischk, Sibylle (FDP)	38
Lenke, Ina (FDP)	26, 27
Dr. Lötzsch, Gesine (DIE LINKE.)	8, 9
Dr. Paech, Norman (DIE LINKE.)	15, 16
Pau, Petra (DIE LINKE.)	4, 22
Pieper, Cornelia (FDP)	25
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47
Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Steenblock, Rainder (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39
Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 21
Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	10, 11
Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19
Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	30, 31

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

1. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Ergebnis des Pflanzenschutz-Kontrollprogramms, Jahresbericht 2004 (laut Pressemitteilung Nr. 14/2005 des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit vom 30. Dezember 2005), dass bei Kontrollen des Pflanzenschutzmittelhandels 27 Prozent der überprüften Betriebe beanstandet wurden, weil Pflanzenschutzmittel angeboten wurden, deren Zulassung abgelaufen war oder die falsch gekennzeichnet waren, und dass rund 23 Prozent der Betriebe den Verkauf von Pflanzenschutzmitteln nicht vorschriftsmäßig angezeigt hatten?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

2. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Treffen Meldungen der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) und des ARD-Fernsehmagazins „Panorama“ zu, dass Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) während des Irak-Krieges „US-Militärs mit Informationen“ (SZ) bei der Identifizierung von Bombenzielen geholfen haben?

3. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (FDP)

Trifft die Meldung der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12. Januar 2006 zu, wonach der BND-Mitarbeiter Rainer M. nach dem Irak-Krieg mit „Orden des US-Militärs“ ausgezeichnet wurde?

4. Abgeordnete **Petra Pau** (DIE LINKE.)

Waren Angebote amerikanischer Regierungs- oder Behördenvertreter an deutsche Stellen oder eigenständige Überlegungen deutscher Stellen, Gefangene in Guantanamo Bay zu vernehmen, in der Nachrichtenlage des Bundeskanzleramtes Gegenstand von Erörterungen, und wenn ja, zu welchen Ergebnissen kam man bei diesen Erörterungen?*)

---

*) Siehe hierzu auch Frage 22.

5. Abgeordnete **Heidrun Bluhm** (DIE LINKE.)

Wann hat die Bundesregierung das erste Mal das Parlament über die in Frage 13 geheimdienstlichen Aktivitäten bezogen auf Beamte deutscher Sicherheitsbehörden informiert?*)

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

6. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Liegen der Bundesregierung nach der Veröffentlichung des vom Schweizer Geheimdienst abgehörten Faxverkehrs zwischen dem ägyptischen Außenministerium und der Botschaft Ägyptens in London bezüglich der Existenz US-amerikanischer Gefängnisse und Verhörzentren in Europa durch die Schweizer Zeitung „SonntagsBlick“ Erkenntnisse vor, die die Existenz solcher geheimen US-Gefängnisse auf europäischem Boden bestätigen?

7. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

In welcher Weise gedenkt die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, bei ihrem bevorstehenden Treffen mit dem US-Präsidenten, George W. Bush, die Frage solcher Geheimgefängnisse anzusprechen und zu klären?

8. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung in der Antwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, vom 10. Juni 2003 auf meine schriftliche Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 15/1164, ob die Bundesregierung Informationen über die Zahl der Taliban-Häftlinge und deren Behandlung im Gefangenenlager Guantanamo Bay hat, antwortete, dass der Bundesregierung keine eigenen Erkenntnisse über die Behandlung der Gefangenen vorliegen?

9. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung vor dem 10. Juni 2003 eigene Informationen durch zwei Beamte des Bundesnachrichtendienstes und einen Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, die in der Zeit vom 21. bis 27. September 2002 im Gefangenenlager Guantanamo Bay den Türken M. K. vernommen haben, hatte, und wenn ja, stimmt die

---

*) Siehe hierzu auch Frage 13.

Bundesregierung mir zu, dass das Parlament demzufolge von der Bundesregierung falsch informiert wurde?

10. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Stellen waren an der Antwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Kerstin Müller, vom 10. Juni 2003 auf die schriftliche Frage 17 der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch auf Bundestagsdrucksache 15/1164 über die Zahl der Taliban-Häftlinge und deren Behandlung im Gefangenenlager Guantanamo Bay beteiligt, und welche Stelle war federführend?

11. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

War an der Beantwortung der genannten Frage das Bundeskanzleramt beteiligt, und hat der jetzige Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, etwas von der Beantwortung der Frage gewusst oder diese Beantwortung möglicherweise initiiert?

12. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was für Erkenntnisse hat die Bundesregierung über geheime Gefängnisse der CIA u. a. in Rumänien und Polen, über die die Schweizer Zeitung „SonntagsBlick“ am 10. Januar 2006 genauer berichtete, und wann hat die Bundesregierung die dort gegebenen Informationen erstmals erhalten?*)

13. Abgeordnete **Heidrun Bluhm** (DIE LINKE.)

Wann wurde der damalige Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, über die Reise von Beamten deutscher Sicherheitsbehörden nach Guantanamo Bay informiert?**)

14. Abgeordnete **Dr. Uschi Eid** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was unternimmt die Bundesregierung innerhalb der EU, damit die Mitglieder der Vermittlungsgruppe („Algier Group“: hierzu gehören die Afrikanische Union, die Europäische Union, die USA und die Vereinten Nationen) des Algier-Friedensabkommens zwischen Eritrea und Äthiopien aus dem Jahr 2000 dazu beitragen, auf den eskalierenden Grenzkonflikt zwischen Eritrea und Äthiopien im Sinne der „3D-Strategie“, nämlich Deeskalation, Demarkation und Dialog, einzuwirken und somit zur Konfliktlösung beizutragen?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 21.
**) Siehe hierzu auch Frage 5.

15. Abgeordneter **Dr. Norman Paech** (DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass der Iran bei einer Wiederaufnahme der Urananreicherung gegen völkerrechtlich verbindliche Verpflichtungen verstößt, und wenn ja, gegen welche?

16. Abgeordneter **Dr. Norman Paech** (DIE LINKE.)

Legt die Bundesregierung den Verweis auf die zentrale Rolle des UN-Sicherheitsrats in Artikel 15 der EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen vom 12. Dezember 2003 so aus, dass eine Resolution des UN-Sicherheitsrats für die dort erwähnten militärischen Zwangsmaßnahmen zwingend erforderlich ist, und wenn nein, mit welcher Begründung?

17. Abgeordneter **Sevim Dagdelen** (DIE LINKE.)

Wie schätzt die Bundesregierung gegenwärtig die Menschenrechtslage in Togo ein, und wodurch sieht sie gegenwärtig Togo als sicheres Herkunftsland an?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

18. Abgeordneter **Sevim Dagdelen** (DIE LINKE.)

Wie viele Personen aus Togo haben in den letzten zehn Jahren einen Asylantrag gestellt, und wie hoch ist die Anerkennungsquote (bitte nach Jahren auflisten)?

19. Abgeordneter **Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf welcher Grundlage hat die Bundesregierung einen europaweiten Architekturwettbewerb zur Erstellung eines Neubaus für das Bundesministerium des Innern (BMI) ausgeschrieben, obwohl es weder für den Wettbewerb noch für einen möglichen Neubau bewilligte Haushaltsmittel gibt (vgl. DER HAUPTSTADTBRIEF Nr. 72 vom Dezember 2005), und mit welchen finanziellen Folgen rechnet die Bundesregierung im Falle eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem bis 2029 laufenden Mietvertrag für das derzeitige Dienstgebäude des BMI?

20. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung die Abwehr terroristischer Angriffe gegen Atomkraftwerke sicherstellen und eine Gefährdung der Bevölkerung mit Sicherheit ausschließen?*)

21. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Daten über Besucher der Fußballweltmeisterschaft 2006 (WM), Beschäftigte in den Austragungsstätten sowie Bewerber für WM-Tickets werden durch Sicherheitsbehörden erhoben, gespeichert sowie an Dritte übermittelt, und unter welchen Voraussetzungen erfolgt dies jeweils?**)

22. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Welche Überlegungen haben die Bundesregierung veranlasst, Beamte von deutschen Sicherheitsbehörden, nicht aber Mitarbeiter des Bundeskriminalamtes (vgl. Plenarprotokoll 16/7, S. 391 C), nach Guantanamo Bay zur Befragung der dorthin verschleppten O. S. und M. K. zu schicken?***)

23. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)

Treffen Meldungen in den Medien zu, nach denen der Bremer Anwalt von M. K. mitteilt, dass sich in den „US-Akten Informationen aus Bremen" (vgl. Frankfurter Rundschau vom 4. Januar 2006) befinden, und wenn ja, welche bundesdeutschen Behörden haben an amerikanische Stellen Informationen über M. K. weitergeleitet?

24. Abgeordneter
Jan Korte
(DIE LINKE.)

Welche genauen Kenntnisse konnten die Beamten deutscher Sicherheitsbehörden über die Haftbedingungen der Inhaftierten O. S. und M. K. gewinnen, und haben die Beamten diese Kenntnisse an ihre Behörden weitergegeben?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 43.
**) Siehe hierzu auch Frage 12.
***) Siehe hierzu auch Frage 4.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

25. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(FDP)

Ist unter dem Begriff „derzeit“ in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP „Absetzbarkeit des Schulgeldes als Sonderausgabe“ auf Bundestagsdrucksache 16/337 zu Frage 6 nur das Jahr 2006 oder die gesamte 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages in Bezug auf eine eventuelle Streichung des Sonderausgabenabzugs für Schulgeld nach § 10 Abs. 1 Nr. 9 des Einkommensteuergesetzes zu verstehen?

26. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)

Welche Arten von Kinderbetreuungskosten sollen für bis sechsjährige Kinder (Kindertagesstätten, gewerbliche Kinderbetreuung, Tagesmütter, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Haushalt des Steuerpflichtigen) sowie für sieben- bis 14-jährige Kinder (Hort, Hausaufgabenhilfe, Tagesmütter (aushäusig), Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Haushalt des Steuerpflichtigen) im Rahmen der Genshagener Beschlüsse des Bundeskabinetts im Einzelnen steuerlich absetzbar sein?

27. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)

In welcher Form soll die Vergünstigung steuertechnisch Arbeitnehmern bzw. Selbständigen zugute kommen?

28. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welchen EU-Ländern bestehen Beschränkungen der Verlustverrechnung, die dazu führen können, dass Verluste dort ansässiger Tochtergesellschaften mit den Gewinnen der in Deutschland ansässigen Muttergesellschaften verrechnet werden können, und wie sind diese Verlustverrechnungsbeschränkungen konkret ausgestaltet?

29. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Steuerausfälle drohen dem deutschen Fiskus aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 13. Dezember 2005 insbesondere auch dadurch, dass der EuGH die Rückwirkung seiner Entscheidung nicht begrenzt hat, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um diese Steuerausfälle einzudämmen bzw. abzuwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

30. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu tun, dass immer mehr Unternehmen in Deutschland, z. B. jüngst „Samsung“ in Berlin, die Subventionen abschöpfen und am Ende der Bindungsfrist Arbeitsplätze abbauen bzw. in osteuropäische Länder verlagern und ganze Betriebsteile schließen und damit die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die sozialen Sicherungssysteme verlagert werden?

31. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zu ergreifen, die ein solches Verhalten erschweren bzw. die Unternehmen in die Verantwortung nehmen, etwa durch die Rückzahlung der Fördermittel oder die Beteiligung an den Kosten der Arbeitslosigkeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

32. Abgeordnete **Katja Kipping** (DIE LINKE.)

Wie erklärt die Bundesregierung, dass laut WSI-FrauenDatenReport junge Frauen trotz besserer formaler Bildungsleistungen bereits beim Berufseinstieg weniger als ihre gleichaltrigen Kollegen verdienen (vgl. WSI-FrauenDatenReport, S. 282), und was will die Bundesregierung dagegen tun?

33. Abgeordnete **Katja Kipping** (DIE LINKE.)

Wie steht die Bundesregierung zu dem Befund, dass in der Bundesrepublik Deutschland der Frauenanteil in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und in den Verbänden weitgehend unter 20 Prozent liegt (vgl. WSI-FrauenDatenReport, S. 386), und erwägt die Bundesrepublik Deutschland gleichstellungspolitische Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungsgremien der Wirtschaft, zum Beispiel nach norwegischem Vorbild (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Dezember 2005, Nr. 305, S. 15)?

34. Abgeordnete **Karin Binder** (DIE LINKE.)

Welche Position hat die Bundesregierung zum Befund des im Dezember 2005 herausgegebenen WSI-FrauenDatenReports der Hans-Böckler-Stiftung, wonach der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit seit dem Jahr 2000 fast vollständig zum Erliegen gekommen sei, und welche konkreten Konsequenzen wird die Bundesregierung ergreifen, um diesem Trend entgegenzuwirken?

35. Abgeordnete **Karin Binder** (DIE LINKE.)

Welche Bedeutung misst die Bundesregierung den Ergebnissen des WSI-FrauenDatenReports bei, wonach immer mehr Frauen in Deutschland nur noch in Teilzeit-, Midi- oder Minijobs beschäftigt sind und wonach die Bundesrepublik Deutschland zu den Ländern innerhalb der EU mit besonders großer Differenz zwischen den Durchschnittsarbeitszeiten von Frauen und Männern gehört, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

36. Abgeordnete **Inge Höger-Neuling** (DIE LINKE.)

Welche Position hat die Bundesregierung zum Befund des WSI-FrauenDatenReports, wonach das durchschnittliche Einkommen von Frauen mit Vollzeittätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland weit unter dem der Männer liegt (in Westdeutschland 23 Prozent weniger, in Ostdeutschland 10 Prozent weniger – vgl. WSI-FrauenDatenReport, S. 265), und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um diesem geschlechtsspezifischen Lohnunterschied entgegenzuwirken?

37. Abgeordnete **Inge Höger-Neuling** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass die als Quintessenz im WSI-FrauenDatenReport festgestellte geschlechtsspezifische Lohnungleichheit und die ungleiche Verteilung der Erwerbsarbeitszeit Frauen im Hinblick auf die Erwerbszentriertheit der sozialen Sicherungssysteme weitergehend strukturell benachteiligt und dies eine geschlechtsspezifische Diskriminierung darstellt, und wenn ja, welche Maßnahmen will die Bundesregierung zur Beseitigung dieses Zustandes ergreifen?

38. Abgeordnete **Sibylle Laurischk** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Ursula von der Leyen, Mütter hätten das Gefühl, „aus der Arbeitswelt aussortiert zu werden“ (vgl. DIE WELT vom 21. Dezember 2005), da in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Familie, Senioren,

Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, vom 6. Dezember 2005 auf meine diesbezügliche Frage 58 auf Bundestagsdrucksache 16/158 mitgeteilt wird, die geltende Rechtslage für Schwangere und junge Mütter sei grundsätzlich gut ausgestaltet und eine starke Zunahme von Anträgen auf Zulassung von Kündigungen im Ausnahmefall (Schwangerschaft und Elternzeit) lasse sich statistisch so nicht nachvollziehen, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Auffassung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

39. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu welchem Termin soll die vom damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen über die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest am 11. Juli 2005 bekannt gegebene und für den 1. Januar 2006 angekündigte aber bisher nicht realisierte Neuordnung des Lotsversetzdienstes auf der Ems erfolgen, und was sollen die Inhalte der Neuregelung sein?

40. Abgeordneter **Peter Hettlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Stand hat die Bearbeitung des naturschutzfachlichen Planungsauftrages für den Neubau der Bundesautobahn A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin erreicht, und wann rechnet die Bundesregierung mit der endgültigen Abarbeitung des naturschutzfachlichen Planungsauftrages?

41. Abgeordneter **Hellmut Königshaus** (FDP)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass die in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Ulrich Kasparick, auf meine Frage 4 in der Fragestunde am 14. Dezember 2005 (vgl. Plenarprotokoll 16/7, S. 364 B) vertretene Position nicht im Einklang mit der in der Koalitionsvereinbarung steht, da er von einer „großen Kontinuität“ mit der Vorgängerregierung spricht, obwohl in der Koalitionsvereinbarung (S. 57, Zeilen 2817 ff.) eine „Trendwende“ bei der Lärmbelästigung der Bevölkerung durch Schienenverkehrslärm versprochen wurde, und jedenfalls an der im Mai 2006 neu in Betrieb gehenden Anhalter Bahn (dann eine der verkehrsreichsten Schnellfahrstrecken im deutschen Schienennetz) den Anwohnern nach wie vor der ver-

sprochene und dringend benötigte Lärm- und Erschütterungsschutz vorenthalten wird, und wenn nein, warum nicht?

42. Abgeordneter
Hellmut Königshaus
(FDP)

Welche, nach welchen Kriterien ausgesuchten, verkehrspolitischen Inhalte der Koalitionsvereinbarung, mit besonderem Augenmerk auf die Lärmsanierung an bestehenden Schienenstrecken, beabsichtigt die Bundesregierung im Laufe der Legislaturperiode noch vor der Herstellung von weiteren Schallschutzmaßnahmen an der Anhalter Bahn in Berlin und Teltow zu realisieren, weil gegebenenfalls die Maßnahmen an der Anhalter Bahn nach der Inbetriebnahme nur mit erheblich höheren Kosten und unter Inkaufnahme von Betriebseinschränkungen nachgeholt werden könnten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

43. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Kosten entstehen bei der Entsorgung des hochradioaktiven Atommülls der Kernforschungsanlage in Karlsruhe, und lassen sich die Entsorgungskosten hochradioaktiven Atommülls der Atomkraftwerke aus den Erkenntnissen aus Karlsruhe ableiten?*)

44. Abgeordneter
Hans Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bleibt es beim in der 14. Legislaturperiode beschlossenen Atomausstieg, oder wird die Bundesregierung Anträge zur Laufzeitverlängerung einzelner Atomkraftwerke (AKWs) genehmigen?

45. Abgeordneter
Hans Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würde eine Laufzeitverlängerung mit der Übertragung von Reststrommengen von neueren AKWs mit höherem Sicherheitsstandard und weniger störungsanfälligen Meilern auf ältere Meiler einhergehen?

---

*) Siehe hierzu auch Frage 20.

46. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie geht die Bundesregierung mit der Festlegung im Koalitionsvertrag um, dass sich die Einhaltung von Emissionsgrenzwerten bei Neufahrzeugen bei gleichzeitiger prozentualer Berücksichtigung von Biokraftstoffbeimischungen nur auf die Selbstverpflichtung des europäischen Automobilherstellerverbandes (ACEA) beziehen, und wie bewertet die Bundesregierung vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass der jetzige Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, als seinerzeitiger SPD-Fraktionsvorsitzender in Niedersachsen in einer offenbar bis September 2004 andauernden Nebentätigkeit als Teilinhaber der Firma CoNeS für die Volkswagen AG und deren Vorstandsvorsitzenden, Dr. Bernd Pischetsrieder, vor allem in dessen Funktion als Präsident des ACEA auf europäischer Ebene beratend und unterstützend tätig war und sich jetzt dem öffentlichen Vorwurf ausgesetzt sieht, dass es einen inhaltlichen Zusammenhang zwischen dieser Tätigkeit und der Position der großen Koalition gibt (taz v. 19. Dezember 2005)?

47. Abgeordnete **Brigitte Pothmer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die AKWs Biblis A und B, Neckarwestheim und Brunsbüttel zu den in Deutschland und weltweit hochmodernsten und sichersten AKWs gehören, und unter welchen Voraussetzungen wären diese AKWs nach dem heutigen Stand genehmigungsfähig?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333